Nr. 139. Berlin, Donnerstag, den 18. Juni 1857.

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Rt. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Rt. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen, mit Postaufschlag: 3 Rt. — Für ganz Deutschland: 3 Rt. 15¼ Sgr. — Die einzelne № wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 139. Berlin, Donnerstag, den 18. Juni 1857.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5. und die bekannten Spediteurs. Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Dänische Uebergriffe.

III.

Die Stellung, welche bei uns die conservative Partei den Gewaltthätigkeiten gegenüber einnahm, welche die Dänische Regierung sich in Bezug auf das gute Recht der Herzogthümer beikommen ließ, wurde gleichfalls von dem Augenblicke an eine wesentlich andere, wo die Herzogthümer der Leidenschaft des Kampfes entsagt und jenen positiven Rechtsboden vollständig wiedergewonnen hatten, zu dessen Beschützung von Oesterreich und Preußen die bindendsten Verpflichtungen eingegangen waren. Zu Anfang des Jahres 1851 sprach Stahl die denkwürdigen Worte: „Es besteht ein Europäisches Interesse, das geltend zu machen ich mich voll gedrungen fühle. Das ist das Europäische Interesse, daß nicht die Deutsche Gesinnung revolutionirt werde. Dazu gehört, daß die wirklich begründeten Rechte der Herzogthümer — und daß solche vorhanden sind, hat selbst der König von Dänemark zugestanden — gewahrt werden. Legitime Ansprüche, altverbriefte Gerechtsame, althergebrachte Gerechtsame, kann man nicht niedertreten, ohne dem Rechtsgefühle tiefe Wunden zu schlagen, welche zur bösen Zeit aufbrechen und den Leib verderben. Die Unterdrückung der wirklichen Rechte der Herzogthümer würde eine tiefe und anhaltende Verbitterung anrichten, nicht bloß bei der dortigen, sondern bei der ganzen Deutschen Bevölkerung, insbesondere aber bei den Armeen, die mit den Holsteinern gefochten haben. Es ist ein Europäisches Interesse, daß die gesunden Theile des Europäischen Leibes nicht zu Eiterbeulen revolutionärer Gesinnung werden, und es ist ein Europäisches Interesse, daß der heilige Kampf für Recht und Legitimität und Königthum gegen die Revolution nicht das Gepräge erhalte, als wäre es bloß ein Kampf für die Person der Fürsten gegen die Personen ihrer Unterthanen."

Aus einer gleichen Gesinnung ist der neuerdings von den Herren v. Below und Stahl im Herrenhause gestellte und von diesem fast einstimmig angenommene Antrag hervorgegangen, daß die Königliche Staatsregierung ersucht werden solle, mit ihren Deutschen Bundesgenossen die Gerechtsame der zum Deutschen Bunde gehörigen Lande Holstein und Lauenburg kräftig zur Geltung zu bringen. Es bedarf hier wohl kaum noch der Bemerkung, daß die Gerechtsame des Herzogthumes Schleswig bei dieser Gelegenheit nicht in gleicher Weise zur Sprache gebracht werden konnten, da der Deutsche Bund durch eine directe Einwirkung auf dieselben offenbar seine Befugnisse überschreiten und sich ohne rechtlich begründeten Titel in die Angelegenheiten eines fremden Landes mischen würde, — eines Landes, dessen Loos allerdings tief zu beklagen ist, und das die wärmsten Sympathieen der Deutschen Regierungen verdient, weil die Mehrzahl der Bevölkerung desselben Deutschen Stammes ist. Die brutalen Gewaltmaßregeln des Herrn v. Scheel gegen Schleswig liefen aber namentlich auf eine Unterdrückung dieser Deutschen Nationalität hinaus. Die Deutschen Großmächte haben unzweifelhaft die heilige Pflicht, so weit dies ohne directe Einmischung möglich ist, das Gewicht ihres Einflusses in die Wagschaale zu legen, um auch in diesem Lande Deutsche Sprache, Deutsches Recht und Deutsche Sitte vor den rohen Umarmungen dieses übermüthigen Dänischen Inselvolks möglichst zu sichern, welche dieselben zu ersticken drohen.

Wir wollen die Beschwerden, welche die Schleswigschen Stände mit großem Rechte in dieser Beziehung noch unlängst wieder vor den Thron ihres Herzogs in unterthäniger Gesinnung gebracht haben, hier kurz charakterisiren, um unseren Lesern ein Bild der kaum erträglichen Zustände zu geben, welche die Dänische Regierung rücksichtslos für jenes Herzogthum herbeigeführt hat. Die gewaltsamen Uebergriffe der Dänischen Regierung in Bezug auf die Verwendung der Domainen-Gelder der Herzogthümer Schleswig und Holstein sind vor Kurzem bereits in ausführlichen Artikeln an dieser Stelle zur Sprache gebracht, und wir sind daher nicht genöthigt, auf diesen Gegenstand hier noch einmal einzugehen.

(Schluß folgt.)

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Kreis-Physikus Dr. Kauerz zu Kempen im Regierungs-Bezirk Düsseldorf, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem Stellmachermeister Martin Friedrich Burow zu Potsdam die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen;

Den Ober-Auditeur, Wirklichen Justiz-Rath Naucester vom General-Auditoriat zum Geheimen Kriegs-Rath und Rath dritter Klasse im Kriegsministerium; und

Den seitherigen Landraths-Amts-Verweser, Grafen Valerian Victor Friedrich von Pfeil zum Landrathe des Kreises Neurode im Regierungs-Bezirk Breslau zu ernennen.

Justiz-Ministerium.

Der bisherige Gerichts-Assessor Köller ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bielefeld und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Paderborn, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rietberg, ernannt worden.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Cabinetsordre vom 24. April 1824 über die Grundsätze, nach welchen das Schuldenwesen des vormaligen Freistaats und der Commune Danzig aus der Periode vom 13. Juli 1807 bis zum 1. März 1814 regulirt werden soll (Gesetzsammlung S. 82), und die Allerhöchste Cabinetsordre vom 13. April 1825 wegen Verloosung der Danziger Obligationen aus den nicht zur Verwendung gekommenen Beständen des jährlichen Tilgungs-Fonds (Gesetzsammlung Seite 35) werden Behufs endlicher Tilgung des Restes dieser Schuldengattung die darüber ausgestellten und verificirten Danziger Stadt-Obligationen und Schuldanerkenntnisse zur baaren Auszahlung des Capitalbetrages zu dem nach der Bestimmung sub Nr. 2 der oben gedachten Allerhöchsten Ordre vom 24. April 1824, für das Jahr 1857 sich ergebenden Course von 77⅞ Procent, zum 2. November d. J. hiermit gekündigt und die Inhaber dieser Obligationen und Schuldanerkenntnisse aufgefordert, solche vom 2. November d. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hierselbst, Oranienstraße Nr. 94, oder bei der Regierungs-Hauptkasse zu Danzig zur Prüfung einzureichen, und nach befundener Richtigkeit die oben bezeichnete Rückzahlungs-Valuta gegen Quittung — wozu Formulare bei den genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt werden — daselbst baar in Empfang zu nehmen. Auf schriftliche Gesuche um Auszahlung der Capitalien können sich die gedachten Kassen nicht einlassen, und werden dergleichen Gesuche vielmehr unberücksichtigt und portopflichtig den Bittstellern zurückgesandt werden. Für diejenigen Schuld-Documente, welche in dem vorstehend festgesetzten Termine etwa nicht zur Einlösung präsentirt werden sollten, wird die zum Course von 77⅞ Procent berechnete baare Valuta bis zum Eintritt der Verjährung bei der Staatsschulden-Tilgungskasse zinslos asservirt werden.

Berlin, den 11. Juni 1857.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Gamet. Nobiling. Guenther.

Deutschland.

* Berlin, 17. Juni. Die Oesterreichische Correspondenz, das Organ des Wiener Cabinets, bringt heute in Bezug auf verschiedene Zeitungsgerüchte die folgende Auslassung:

Wir können nur mit Befriedigung wahrnehmen, wenn neuerdings auch die außer-Oesterreichische Presse, Deutsche und fremde Blätter, sich häufiger mit der inneren Entwicklung der Monarchie, sowie mit der auswärtigen Politik des Kaiserlichen Cabinets beschäftigen. Eine genauere Kenntniß der Zustände und Verhältnisse Oesterreichs, ein ernstes Bestreben, die Thätigkeit der K. K. Behörden mit Gerechtigkeit zu würdigen, die Wirksamkeit der Staatsregierung für Hebung der Nationalwohlfahrt und zur Sicherung der Machtstellung des Reiches mit Unparteilichkeit zu erforschen, — sie können nur dazu beitragen, Oesterreich und seine Regierung vor falschen Beurtheilungen zu sichern. Wenn bei diesen Erörterungen nicht selten vorgefaßte Meinungen, irrige Ansichten sich geltend machen, so kann man von der Polemik der verschiedenen Blätter die allmähliche Beseitigung solcher Uebelstände erwarten. Thatsächliche Irrthümer, welche die Politik der Kaiserl. Regierung in ein falsches Licht stellen, finden — so oft es nöthig erscheint — ihre authentische Berichtigung. Wird aber dieser letztern beharrlicher Trotz entgegengesetzt, so gestaltet sich der vorgebrachte Irrthum zur absichtlichen Unwahrheit, und keine Entschuldigung steht ihm zur Seite.

Es ist bekannt, daß die „Oesterreichische Correspondenz" die Angabe der „Indépendance belge" über ein angebliches Einschreiten des Kaiserlichen Cabinetes bei dem Hofe zu Neapel, um denselben zum Abbruch der diplomatischen Verbindungen mit Piemont zu bewegen, in den bestimmtesten Ausdrücken widerlegte. Das Brüßeler Blatt, dem nicht unbekannt sein kann, daß jene thatsächliche Berichtigung aus authentischer Quelle herrührte, hat Dementi dem Dementi entgegengesetzt, und damit beurkundet, daß es absichtlich über Oesterreichs Politik irreführen will. Denn wenn es sich um Thatsachen, um Acte der Kaiserlichen Regierung handelt, kann kein Unparteiischer eine Gleichberechtigung zwischen beiden Organen der Oeffentlichkeit anerkennen, oder man müßte zugleich die Parität des Wissens und des Nichtwissens als Grundsatz der öffentlichen Discussion aufstellen. — Eine andere Behauptung macht gegenwärtig die Runde durch den Deutschen Journalismus: das Kaiserliche Cabinet habe sich an die Deutschen Höfe beschwerend über das Benehmen Preußens in der Frage der Donaufürstenthümer gewendet. Auch diese Angabe ist unrichtig. Tritt der Fall ein, daß eine nahe befreundete Macht in irgend einem Punkte eine von Oesterreich abweichende Ansicht hegt, so wird die Kaiserliche Regierung sich mit dem betreffenden Hofe zu verständigen suchen, und es ist, bei solcher Sachlage, keine Veranlassung gegeben, die etwa noch bestehende Verschiedenheit in der Auffassung der obschwebenden Frage an andere Regierungen zu bringen. Ernste, nachdrucksvolle Rüge heischt es aber, wenn öffentliche Blätter der Kaiserlichen Regierung Handlungen zuschreiben oder ihr andichten, welche unlautere Motive, undeutsche Gesinnungen voraussetzen. Dahin zählen wir die schnöde Behauptung, das Oesterreichische Cabinet habe in Betreff der Holstein-Lauenburg'schen Angelegenheit über ein angebliches Drängen Preußens auf energischere Einschreitung zu Paris sich beschwerend, oder das eigene Vorgehen Oesterreichs damit rechtfertigend geäußert. Die Geschichte der Diplomatie des Kaiserhofes bietet kein Beispiel, daß in einer rein Deutschen Angelegenheit das Wiener Cabinet ausländische Höfe zu Schiedsrichtern aufgerufen oder in Fragen, welche zugestandener Maßen alle zur Competenz Deutschlands gehören, auch nur die diplomatische Intervention des Auslandes begehrt oder freiwillig zugelassen hätte. Wie wir demnach die erwähnte Insinuation mit Unwillen zurückweisen, so würde unzweifelhaft auch jede andere Deutsche Regierung die Behauptung, sie versuche innere Angelegenheiten des Deutschen Bundes vor ein außerdeutsches Forum zu bringen, als einen Angriff auf ihre Ehre mit gerechter Entrüstung behandeln. In der Holstein-Lauenburg'schen Angelegenheit ist glücklicher Weise nicht einmal ein Vorwand für die vorgebrachte perfide Anschuldigung vorhanden, da Oesterreich und Preußen vollkommen einverstanden darin Hand in Hand vorschreiten.

Es ist uns im Augenblick nicht erinnerlich, ob die hier zuletzt widerlegte Nachricht wegen der Holsteinischen Streitfrage auch von andern Zeitungen verbreitet worden ist. Wenn die „Oesterreichische Correspondenz" aber nur auf unsere Notiz über diese Angelegenheit zielt, so hätte sie sich die große Entrüstung und einige Kraftausdrücke ersparen können. Wir haben gar nichts „behauptet" oder „insinuirt", wovon sich jeder durch Nachlesen unseres Artikels in Nr. 128 überzeugen kann. Im Gegentheil, wir haben erklärt, daß wir jener Nachricht, die uns aus Paris zugegangen, keinen Glauben schenkten und sie lediglich erwähnten, damit ihr sofort widersprochen werden möchte. Das hätte die „Oesterreichische Correspondenz" schon längst mit zwei Worten thun können, so wäre die Sache erledigt gewesen. Gerade wir haben ja immer wieder auf das Zusammengehen Preußens und Oesterreichs in der Holsteinischen Frage das größte Gewicht gelegt.

* Berlin, 17. Juni. Ueber die Zahl der im Jahre 1856 an sämmtlichen Preußischen Gymnasien geprüften Abiturienten und Maturitäts-Aspiranten geben wir nach amtlichen Quellen der „Pr. Corr." folgende Zusammenstellungen:

1) Provinz Preußen. Zur Prüfung auf den 15 Gymnasien waren 272 Schüler angemeldet, 48 mehr als im vorigen Jahre. Davon sind zurückgetreten 16, zurückgewiesen 21; das Zeugniß der Reife haben erhalten 185 und das Zeugniß der Nichtreife 50. Hierbei ist zu bemerken, daß erst im September 1855 die Anstalt zu Deutsch-Crone zu einem vollständigen Gymnasium erhoben worden ist, und bis jetzt daselbst eine Abiturienten-Prüfung noch nicht stattgefunden hat. 2) Provinz Brandenburg. Auf den 17 Gymnasien, der Ritter-Akademie zu Brandenburg und dem Pädagogium zu Züllichau waren zur Prüfung 317 Schüler angemeldet. Davon sind zurückgetreten 20, zurückgewiesen 12; das Zeugniß der Reife haben erhalten 246, und das Zeugniß der Nichtreife 39. Auf der Ritter-Akademie in Brandenburg haben Prüfungen im Jahre 1856 nicht stattgefunden. 3) Provinz Pommern. Auf den 8 Gymnasien und dem Königlichen Pädagogium zu Putbus waren zur Prüfung 101 Schüler angemeldet. Davon sind zurückgetreten 13, zurückgewiesen 5; das Zeugniß der Reife haben erhalten 75, das Zeugniß der Nichtreife 8. Auf dem Friedrichs-Wilhelms-Gymnasium zu Greifenberg sind noch keine Abiturienten entlassen worden. 4) Provinz Schlesien. Auf den 20 Gymnasien und der Ritter-Akademie zu Liegnitz waren zur Prüfung 341 Schüler, 36 weniger als im vorigen Jahre, angemeldet. Davon sind zurückgetreten 48, zurückgewiesen 9; das Zeugniß der Reife haben erhalten 241, und das Zeugniß der Nichtreife 43. 5) Provinz Posen. Auf den 7 Gymnasien waren zur Prüfung 147 Schüler, 7 mehr als im vorigen Jahre, angemeldet. Davon sind zurückgetreten 10, zurückgewiesen 23; das Zeugniß der Reife haben erhalten 101, das Zeugniß der Nichtreife 13. Die Realschule zu Krotoschin ist erst unterm 8. Mai 1854 in ein städtisches Gymnasium umgewandelt worden und hat im Jahre 1856 keine Abiturientenprüfung abgehalten. 6) Provinz Sachsen. Auf den 16 Gymnasien, dem Königl. Pädagogium zu Halle, der lateinischen Hauptschule zu Halle, dem Pädagogium des Klosters Unser lieben Frauen zu Magdeburg, der Landesschule zu Pforta und der Klosterschule zu Roßleben waren zur Prüfung 268 Schüler angemeldet. Davon sind zurückgetreten 5, zurückgewiesen 9; das Zeugniß der Reife haben erhalten 244 und das Zeugniß der Nichtreife 10. 7) Provinz Westphalen. Auf den 12 Gymnasien waren zur Prüfung 325 Schüler angemeldet. Davon sind zurückgetreten 20, zurückgewiesen 2; das Zeugniß der Reife haben erhalten 262 und das Zeugniß der Nichtreife 41. 8) Rhein-Provinz und die Hohenzollernschen Lande. Auf den 19 Gymnasien, der Ritter-Akademie zu Bedburg und dem Gymnasium zu Hedingen in den Hohenzollernschen Landen waren zur Prüfung 338 Schüler angemeldet. Davon sind zurückgetreten 3, zurückgewiesen 4; das Zeugniß der Reife haben erhalten 306, das Zeugniß der Nichtreife 27.

Die Uebersicht der im Sommer-Semester 1857 auf den höheren landwirthschaftlichen Lehr-Anstalten des Staates Studirenden ergiebt Folgendes. Es hat die

Staats- und landwirthschaftliche Akademie zu Eldena: Studirende aus dem vorigen Semester 13, neu Eingetretene 10, zusammen 23; landwirthschaftliche Lehr-Anstalt zu Proskau: Studirende aus dem vorigen Semester 48, neu Eingetretene 32, zusammen 80; landwirthschaftliche Lehr-Anstalt zu Poppelsdorf: Studirende aus dem vorigen Semester 34, neu Eingetretene 30, nicht immatriculirte Studirende 12, zusammen 76. — Von der Gesammtzahl von 179 Studirenden sind gebürtig: aus der Provinz Schlesien 37, aus der Provinz Rheinland 28, aus der Provinz Brandenburg 22, aus der Provinz Preußen 22, aus der Provinz Posen 17, aus der Provinz Pommern 7, aus der Provinz Sachsen 6, aus der Provinz Westphalen 6, zusammen Inländer 146, aus dem Auslande 33, Gesammtsumme 179.

Zu diesen Anstalten soll demnächst bekanntlich noch eine hinzutreten und zwar in Waldau bei Königsberg in Pr.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen begiebt sich heute in Begleitung Höchstseines persönlichen Adjutanten, des Secondelieutenants im See-Bataillon, Freiherrn v. Richthofen, behufs einer mehrwöchentlichen Kur nach Kissingen.

— Der Minister-Präsident Freiherr v. Manteuffel wird am 21. aus der Niederlausitz hier eintreffen, muthmaßlich Behufs Erledigung der dem Staatsministerium vorliegenden Geschäfte. Die übrigen Herren Minister werden zu dieser Zeit fast sämmtlich hier anwesend, auch der Handelsminister v. d. Heydt, der gestern in Familien-Angelegenheiten eine Reise angetreten hat, will bis dahin wieder zurückgekehrt sein.

— Der Kaiserl. Russische General und General-Adjutant Sr. Majestät des Kaisers Graf Tolstoy ist von Hamburg, der Kaiserl. Russische General-Lieutenant v. Friemann von Kiew, der Kaiserl. Russische General-Major v. Vogdt von Reval und der Kaiserl. Russische Collegien-Assessor v. Hoffmann aus Petersburg hier angekommen.

— Der General-Major und Director des Allgemeinen Kriegs-Departements v. Hann ist von Dresden hierher zurückgekehrt; der Kaiserl. Russische General-Major Graf v. Lamsdorff und der Kaiserl. Russische Ingenieur-General v. Krinzow sind nach Dresden abgereist.

— Der Generalmajor und Commandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade v. Steinmetz ist heute zur Inspicirung der Garde-Landwehr-Bataillone Hamm, Koblenz und Düsseldorf des 4. Garde-Landwehr-Regiments abgereist. Der Generalmajor und Commandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade v. Arnim wird sich morgen nach Breslau begeben, um die Garde-Landwehr-Bataillone Breslau, Görlitz und Polnisch-Lissa des 3. Garde-Landwehr-Regiments ebenfalls zu inspiciren.

— Das Postdampfschiff „Preußischer Adler", aus Kronstadt am 13. d. M. abgegangen, ist in Stettin am 16. d., 11 Uhr Vormittags, mit 173 Passagieren eingetroffen, unter welchen sich der Fürst Trubetzkoy mit Familie, die Fürstin Galitzin und Hilkow, und die Gräfin Panin befinden. An demselben Tage ist in Stettin auch das Postdampfschiff „Hecla" mit 23 Passagieren aus Kopenhagen angekommen.

— Einem Geschäftsbriefe aus Tilsit entnimmt die „B. u. H.-Z." die Mittheilung, daß einer dort am Sonnabend aus St. Petersburg eingetroffenen telegraphischen Depesche zufolge, wenn anders die unklare Fassung der Depesche richtig verstanden ist, die Publication des neuen Zolltarifs am Sonnabend bereits erfolgt war. Der Handelsstand an der Preußisch-Russischen Gränze hat sich bereits mit mehreren, durch den neuen Tarif begünstigten Einfuhrartikeln reichlich versehen, da Jeder mit dem Augenblicke, wo der Tarif in's Leben treten wird, der Erste auf dem Markte sein möchte.

— Nach einer Bekanntmachung des Centralvorstandes des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig wird die funfzehnte Hauptversammlung des Gesammtvereins der Gustav-Adolf-Stiftung am 31. August, 1. und 2. September d. J. in Kassel stattfinden.

Stettin, 16. Juni. [Schifffahrt. Deputation nach Namur.] Das Preußische Postdampfschiff „Preußischer Adler", Capitain Barandon, traf heute Vormittag 12 Uhr mit 173 Passagieren von Petersburg und das Dänische Postdampfschiff „Hekla", Capitain Michelsen, heute Vormittag 11 Uhr mit 23 Passagieren von Kopenhagen hier ein. — Wie die Nordd. Ztg. mittheilt, ist heute eine Deputation des 9. Infanterie-Regiments (Kolberg) nach Namur zur Einweihung des Denkmals für den Obersten v. Zastrow, welcher bekanntlich bei dem Sturme auf Namur fiel, von hier abgegangen. Der Oberst v. Borcke, Commandeur des gedachten Regiments, steht an der Spitze der Deputation.

Putbus, 14. Juni. [Kriegshafen.] In Betreff der Inspection des Jasmunder Boddens wegen Anlage eines Kriegshafens bemerkt die Ostsee Ztg.: Der Durchstich zur Ausfahrt nach der See soll, wie wir hören, bei Bobbin erfolgen und am schmalen Haff 6 Befestigungen angelegt werden. Die Kosten des Baues werden auf 8 Millionen Thaler berechnet.

Marienwerder, 14. Juni. [Pfarrsprengel.] Das Kreisblatt publicirt eine von dem Bischof von Ermland entworfene „Einrichtungs-Urkunde" und „Stoltaxe" für die Parochieen des neugebildeten katholischen Pfarrsprengels Marienwerder. Nach derselben sind der Kirche außer der Stadt Marienwerder noch über 60 andere Ortschaften einverleibt und ist sonach qu. Pfarrei sowohl an Ausdehnung wie Communicanten-Frequenz als eine der größern in der Ermlander Diöcese anzusehen. (D. D.)

* Minden, 16. Juni. [Locales.] Die Ufer des durch Minden fließenden Bastauflüßchens sollen einer gründlichen Correction unterliegen, welche seit längerer Zeit in der hiesigen Königlichen Regierung berathen worden ist. Eine Zahl von Wasserbaubeamten wird unter Zuziehung von höheren Militairs näher berathen, in welcher Weise die Ausführung geschehen soll. Die Sache ist für die Umgegend von großer Wichtigkeit, weil die Wiesengrundstücke, zum Theil auch die Ackergrundstücke an der Bastau, häufigen Ueberschwemmungen und schweren Beschädigungen ausgesetzt sind. — Man erzählt sich, daß ein hier garnisonirender höherer Offizier aus Gesundheitsrücksichten um seinen Abschied gebeten habe. — Vor einigen Tagen kamen zwei Russische Gefangene hier durch, welche als Preußische Unterthanen (aus Hückeswagen der eine, aus Saarlouis der andere gebürtig) aus der Russischen Gefangenschaft entlassen waren, nachdem man sie in der Krim gefangen genommen. Die romantische Erzählung über die Art und Weise, wie sie in Französische Dienste gekommen, ist wahrscheinlich eine vollständige Fabel. Sie empfingen hier von der Polizeibehörde für jeden Marschtag 2½ Sgr. Bekleidet waren sie mit guten Mänteln, welche nebst dem Schuhwerk ihnen nach ihrer Erzählung von der Russischen Regierung verabreicht waren.

Stromberg, 15. Juni. [Communales.] Des Königs Majestät haben der hiesigen Gemeinde, dem Antrage derselben gemäß, nach bewirkter Ausscheidung aus ihrem bisherigen Bürgermeisterei-Verbande, die Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 verliehen.

(n) Baden-Baden, 16. Juni. J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen ist in Begleitung des Schloßhauptmanns und Kammerherrn Grafen Boos-Waldeck und der Hofdamen Gräfinnen Oriola und Hacke gestern Abend hier eingetroffen. Se. K. H. der Großherzog kam mit dem Hofmarschalle Frhrn. v. Baumbach zur Begrüßung der Frau Prinzessin an den Bahnhof, wo bereits der Stadtdirector und Bürgermeister und eine Anzahl vornehmer Preußen zu gleichem Zwecke versammelt waren. J. K. H. die Prinzessin fuhr mit dem Großherzoge vom Bahnhofe aus sogleich zum Großherzogl. Schlosse, wo die Großherzogin Luise ihre erlauchte Mutter erwartete. Später begab sich die Frau Prinzessin zum Hotel Meßmer, welches auch in früheren Jahren von ihr bewohnt wurde. Die Frau Großherzogin Luise ist vollkommen wohl.

Marburg, 14. Juni. [Zur Universität] schreibt die Han. Ztg.: Dem Obergerichtsrath a. D. v. Haynau dahier, welcher am 9. d. Mts. die juristische Doctorwürde erlangt und sich als Privatdocent an hiesiger Universität habilitirt hatte, ist durch Allerhöchsten Beschluß das Dociren nunmehr definitiv untersagt. Derselbe sieht sich hierdurch genöthigt, ein über Criminalprozeß begonnenes Colleg zu schließen. Eine frühere Nachricht in Berliner Blättern war insofern verfrüht, als der Senat gegen einen allerdings bereits erlassenen Beschluß protestirt hatte.

Ingelheim, 12. Juni. [Kirchliches.] Die katholische Gemeinde zu Oberingelheim, welche die gestrige Frohnleichnamsfeier mittelst einer Procession durch die Straßen begehen wollte, mußte dies auf Grund dagegen erhobener Reclamation unterlassen. Oberingelheim war nämlich unter der Französischen Herrschaft der Sitz eines reformirten Consistoriums; und an solchen Orten, deren es in dem damaligen Kaiserreiche zur Leitung der getrennten reformirten und lutherischen Religions-Angelegenheiten viele gab, ist durch ein Gesetz vom 8. April 1802 einer jeden Kirchengemeinde ohne Ausnahme alle öffentliche Gottesverehrung außerhalb des Bereichs der Kirchen verboten worden. (Mainz. Z.)

* Dresden, 15. Juni. [Berichtigung.] Staatsminister Frhr. v. Beust ist, wie schon erwähnt, von seiner Reise hierher zurückgekehrt. Das „Dresdener Journal" widerspricht den Gerüchten, als habe derselbe eine Reise nach Italien beabsichtigt. Frhr. v. Beust war in Lindau und hielt Sr. Maj. dem Könige Vortrag in Regierungs-Angelegenheiten zu Streja. Offenbar findet sich das Blatt zu dieser Entgegnung veranlaßt, weil verschiedene Zeitungen der Reise Ihrer Majestäten nach Italien und derjenigen des Frhrn. v. Beust einen politischen Zweck zugeschrieben hatten. (Auch das Zeitungsgerücht von einer bevorstehenden Vermählung des Königs von Sardinien mit J. K. H. der Prinzessin Sidonie von Sachsen ist unseres Wissens durchaus unbegründet. Vergl. Turin.)

Schwerin, 16. Juni. [Vom Hofe.] Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin Auguste nebst dem Erbgroßherzoge haben sich heute, Mittags 12 Uhr, von hier über Hamburg, wo Allerhöchstdieselben übernachten, nach Hannover begeben. Von dort werden die Allerhöchsten Herrschaften nach einem mehrtägigen Aufenthalte nach Pyrmont gehen, wo Se. Königliche Hoheit der Großherzog 14 Tage verweilen wird.

Lübeck, 15. Juni. [Prinz Oscar von Schweden.] S. K. Hoh. Prinz Oscar von Schweden traf nebst seiner jungen Gemahlin und Gefolge heute Vormittag 10¼ Uhr mit dem ersten Eisenbahnzuge auf seiner Rückreise nach Stockholm hier ein. Die erlauchten Reisenden wurden am Bahnhofe von Syndicus Dr. Elder im Namen des Senats empfangen und schifften sich, nachdem sie noch unser Rathhaus und die Marienkirche besichtigt hatten, auf dem am Dampfschiffshafen sie erwartenden K. Schwedischen Dampfschiff „Balder" um 12½ Uhr ein und verließen unsere Stadt. (L. Z.)

* Schleswig, 15. Juni. [Eine Dänische Kirchenversammlung] ist für den 24. d. Mts. von einer Anzahl Schleswigscher und Dänischer Geistlicher in hiesiger Stadt ausgeschrieben worden. Zur Theilnahme soll jedes Mitglied der „Dänischen Volks-(Staats-) Kirche" befugt sein.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

♯ Wien, 15. Juni. [Ostseefahrt. Ungarische Petition. Notizen.] Sämmtliche Zöglinge der großen Marine-Akademie, die in diesem Herbste von Triest nach Fiume verlegt werden soll, werden in der ersten Hälfte des Juni der Ostsee einen Besuch machen, und zwar am Bord der Fregatte „Radetzky" unter Leitung des Akademie-Directors. Die Fregatte „Adria" und die Corvette „Erzherzog Friedrich" folgen diesem Course. Der Reiseplan lautet auf Besuche in Neapel, Gibraltar, Brest, Hamburg, Danzig, Carlskrona und Kopenhagen. Preußens und Schwedens „blaue Jungen" (Gossar blå) können dann ihre Adriatischen Commilitonen begrüßen. — Es ist neulich viel über die Petitionen des Ungarischen Adels geschrieben, ohne daß man deren Wortlaut kennen lernte. Erwähnenswerth scheint eine Notiz des zu Klausenburg erscheinenden „Magyar Futar", eine Skizze über jene Petition, welche der Ungarische Adel des Großwardeiner Verwaltungsgebietes dem Kaiser nicht nur überreichen wollte, sondern wirklich überreicht hat. Das Schriftstück enthält, nach der genannten Quelle, die Bitte, Se. Majestät möge sich zum Könige von Ungarn krönen lassen, eine „zeitgemäße" Constitution einführen und das Land durch Ungarn verwalten lassen. — Fast alle auswärtige Polizeibeamte, welche der hier abgehaltenen Polizei-Conferenz beigewohnt, haben Wien seit vorgestern und gestern verlassen. — Es erhält sich alles Ernstes die Meinung, daß II. MM. der Kaiser und die Kaiserin Anfangs August die in so trauriger Weise unterbrochene Ungarische Reise fortzusetzen gesonnen wären. Pesth würde dann nur flüchtig berührt und der Weg in jene Comitate genommen, welche dies Mal Land und Leute vergebens geschmückt zum Empfange ihres Kaisers und ihrer Kaiserin.

* Wien, 15. Juni. [Tagesbericht.] Se. Maj. der Kaiser haben den Obersten im General-Quartiermeisterstabe, Friedrich Packeny v. Kilstädten, als Ritter des Kaiserl. Oesterreichisch-militairischen Maria-Theresien-Ordens in den Freiherrnstand des Oesterreichischen Kaiserreichs erhoben. Ferner hat der Kaiser wie den Banderien der Jazygier und Kumanen, so auch denen der Haiduken-Städte, die ihnen vom Staat zu den Festlichkeiten leihweise verabfolgten Säbel geschenkt. — Der bisherige Moldauische Commissar bei der Donau-Uferstaaten-Commission hier, Donici, ist vom Kaimakam Vogorides abberufen und an dessen Stelle D. Ludwig Stege hieher delegirt worden. — Man schreibt der Fr. P.-Z.: Der Kaiser hat abermals 16 ehemalige Militairs, sämmtlich Ungarn, begnadigt und ihre Entlassung aus dem Festungsarrest befohlen, auch verordnet, daß mindestens zwei Drittheile aller Beamten in Ungarn aus Eingebornen bestehen sollen, wie auch die Desiderien in der Sprachsache bereits mehrfache Berücksichtigung gefunden haben. Die Armen in Ofen erhielten nachträglich ein Kaiserl. Geschenk von 2500, die in Pesth von 5000 Fl. Aehnliche Geschenke sind in allen Orten, welche die Majestäten berührt haben, vertheilt worden.

Lemberg, 10. Juni. [Weltuntergangs-Communisten.] Aus Galizien verlautet, daß in den letzten Tagen sich Spuren von Unruhen unter der Landbevölkerung gezeigt haben. Die Bauern in ihrem Aberglauben an den bevorstehenden Weltuntergang, begannen, sich verschiedenen Excessen und Eingriffen in das Eigenthum dritter Personen in gewaltthätiger Weise hinzugeben, so daß die Behörden genöthigt waren, aus Lemberg Militair zu requiriren, welches dem communistischen Taumel bald ein Ende machte. Die Rädelsführer sind den Gerichten zur Strafamtshandlung übergeben worden.

Verona, 14. Juni. Der Feldmarschall Graf Radetzky war gestern ruhig und hat die Nacht gut geschlafen. Das übrige Befinden ist unverändert. Es wird nur einmal täglich ein Bulletin ausgegeben.

Ausland.

Frankreich.

⊙ Paris, 15. Juni. [Zu den Neuwahlen. Die gemalten Dörfer der Taurischen Reise in's Französische übersetzt.] Auf politischem Gebiete beschäftigt sich jetzt in leidenschaftlicher Weise die Pariser Presse mit den bevorstehenden Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung. Bekanntlich hat die Schluß-Sitzung des Corps législatif für 1857 stattgehabt, und da nach der im Jahre 1852 gegebenen Constitution die am 29. Februar desselben Jahres gewählten Deputirten ihre Functionen nur für 6 Jahre beibehalten dürfen, so müßten die Neuwahlen allerdings erst im Februar 1858 vorgenommen werden. Um aber die Lücke zwischen der eben beendigten und bevorstehenden neuen Sitzungs-Periode für eventuelle Fälle auszufüllen, werden die Neuwahlen bereits am 21. d. M. beginnen. Es ist wohl nicht ohne Absicht, daß das Französische Gouvernement bei dieser Gelegenheit mehr, als dies sonst der Fall ist, der Presse die Zügel schießen läßt; denn hinter den lebhaften Discussionen über Betheiligung und Nichtbetheiligung an den Wahlen, womit die Journale ihre Spalten füllen dürfen und in denen sie einen lange entbehrten Genuß freierer Bewegung zu finden scheinen, verbirgt sich, wenigstens dem Auslande gegenüber, einigermaßen die Gleichgültigkeit, welche das Publicum in Betreff der vorzunehmenden Wahlen zeigt und in welcher sich deutlich genug die Ueberzeugung kund giebt, daß der repräsentative Mechanismus des heutigen Frankreichs nicht viel mehr als ein willenloses Werkzeug in der Hand der Regierung ist. Demnach werden wahrscheinlich einige der letztern mißliebige Namen als Zeichen oppositioneller Kritik aus der Wahl-Urne hervorgehen. — So weit erstreckt sich allerdings die Freiheit der Presse in Besprechung der Wahlangelegenheit nicht, daß sie wagen dürfte, die von den Präfecten Behufs der Wahlen an die Unterbehörden gerichteten und dadurch zu öffentlichen Documenten gewordenen Erlasse einer unabhängigen Beurtheilung zu unterwerfen; die letztern machen überdies auch durch den die Grenzen eines einfachen Vorschlags nicht selten sehr überschreitenden Ton, in welchem sie die Wiedereinberufung der früheren Deputirten empfehlen, oder neue vorschlagen, jeden Commentar überflüssig. Andere nur auf indirectem Wege bekannt werdende Rundschreiben der Präfecten an die ihnen untergeordneten Behörden sollen in Form von Ordonnanzen Candidaten des Gouvernements vorschlagen, welche dergestalt gegen die Sympathieen der von ihnen zu vertretenden Wahlkreise verstoßen, daß sie selbst in der officiellen Sphäre als absurd und unmöglich bezeichnet werden. Aber sogar höhere Beamten, welche eine solche Ansicht theilen und aussprechen, erwidern auf die Frage, weshalb sie solche Mißgriffe nicht höhern Orts rügen und hintertreiben, daß sie sich nicht mit diesem oder jenem Verwandten des Candidaten brouilliren wollen. Hätte der Kaiser Jemand neben sich, der offen und uneigennützig genug wäre, ihm unumwunden die Wahrheit zu sagen, so würden dergleichen grobe Verstöße vermieden werden, welche viel böses Blut in der Provinz ansammeln. — Wie weit in dieser Zeit des Alles zersetzenden Egoismus die Rücksicht auf das persönliche Interesse geht, beweist ein an die gemalten Dörfer bei der Rundreise der Kaiserin Katharine erinnerndes Factum. Die Präfecten hatten im vergangenen Jahre, um aus ihren bez. Departements nichts Mißliebiges und möglicherweise auf ihre persönliche Stellung nachtheilig Zurückwirkendes zu melden, fast ohne Ausnahme günstige Ernteberichte eingesandt. Die höchste Behörde kam erst dadurch hinter die nackte und traurige Wahrheit, daß der reelle Thatbestand es dringend nothwendig machte, beim Finanzminister auf die Bereithaltung von Fonds zum Getreide-Ankauf im Auslande anzutragen! —

△△ Paris, 15. Juni. [Zu den Wahlen. Die vierfache Spaltung der Liberalen. Reclamen für die Regierungs-Candidaten.] Wenn es wirklich die Absicht der Oppositionsjournale, des „Siècle", der „Presse" und Consorten war, ihren Freunden Gelegenheit zu geben, sich zu zählen, als sie die Betheiligung an den Wahlen zu predigen anfingen, dann muß man eingestehen, daß sie ihren Zweck erreicht haben, denn die demokratische Partei, in deren Mitte, wie das Wahlcomité versicherte, eine Einigkeit herrsche, die nichts zu wünschen übrig lasse, hat sich selber, zu ihrem größten Schrecken, und die Regierungsblätter, zu deren größter Freude, durch Zahlen davon überzeugt, daß eine vierfache Spaltung durch sie hindurchgeht, daß sie in vier Lager getheilt ist, von welchen ein jedes sein besonderes Banner aufgepflanzt hat: die Brüder, welche sich um den „Siècle", die „Presse" und das „Journal des Débats" schaaren, die Brüder, welche dem „Courrier de Paris" und der „Estaffette" folgen, die Brüder, welche von den Einen und den Andern nichts hören und für ächte democrates socialistes votiren wollen, und endlich die Brüder, welche gar nicht votiren wollen. Die Regierungsblät-